



HESSISCHER LANDTAG

29. 09. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Hessens Abrutschen im Bildungsmonitor und PISA-Absturz – Das direkte Resultat schwarz-roter Kürzungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der INSM-Bildungsmonitor 2026 ein alarmierendes Bild der hessischen Bildungspolitik zeichnet. Besonders schwer wiegt, dass sich das Land ausgerechnet in den Schwerpunktbereichen Schulqualität und Digitalisierung verschlechtert. Damit setzt sich der Negativtrend in Bereichen fort, in denen Hessen bereits im vergangenen Jahr erheblichen Nachholbedarf hatte.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Ergebnisse der PISA-Studie 2025 den bildungspolitischen Handlungsdruck weiter verschärfen. Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland erreichen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften einen historischen Tiefstand. Jeder dritte 15-Jährige verfehlt in Lesen und Mathematik grundlegende Kompetenzstandards. Zugleich hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg weiter verschärft. Damit treffen die Kürzungen der Landesregierung ausgerechnet jene Bereiche, in denen der Handlungsbedarf besonders groß ist.
3. Der Landtag stellt fest, dass dieses Abrutschen auch Ergebnis falscher politischer Prioritäten der schwarz-roten Landesregierung ist. Während Schulqualität und digitale Kompetenzen gestärkt werden müssten, hat Schwarz-Rot im vergangenen Haushalt bei wesentlichen Aspekten der Bildungsgerechtigkeit, wie den Integrierten Gesamtschulen und dem Sozialindex, gekürzt und das Unterrichtsangebot „Digitale Welt“ in seiner bisherigen Form gestrichen. Die Ankündigung die Kürzungen im „Bildungspaket“ der Landesregierung teilweise zurückzunehmen, sind nicht ausreichend, um das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.
4. Der Landtag erkennt an, dass Hessen bei der Integration gleichzeitig Spitzenreiter ist. Dies zeigt, wie wichtig frühzeitige Sprachförderung ist. Dieser Umstand macht die Abschaffung der Sprach-Kitas umso widersprüchlicher. Die Landesregierung ist aufgefordert, ihre Abschaffung rückgängig zu machen, um die guten Leistungen im Feld der Integration nicht zu gefährden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in den anstehenden Haushaltsberatungen die im vergangenen Haushalt vorgenommenen Kürzungen im Schulbereich vollständig zurückzunehmen und die von ihr selbst angekündigte Rückkehr zur bisherigen Ausstattung verbindlich umzusetzen. Dazu gehört ausdrücklich die vollständige und unverzügliche Rückführung aller gestrichenen 300 Lehrkräfte innerhalb der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung. Die Landesregierung muss Schulqualität und digitale Bildung wieder zu klaren Prioritäten der hessischen Bildungspolitik machen und die frühkindliche Sprachförderung dauerhaft und bedarfsgerecht absichern.

Begründung:

Der Bildungsmonitor 2026 und die PISA-Ergebnisse legen offen, dass Hessen bei zentralen Zukunftsfragen an Boden verliert. Besonders bei Schulqualität und Digitalisierung bleibt das Land hinter seinen Möglichkeiten zurück. PISA zeigt zugleich bundesweit historische Tiefststände bei den Basiskompetenzen und eine zunehmende soziale Ungleichheit beim Bildungserfolg. Für ein wirtschaftsstarkes und innovationsorientiertes Land ist das ein ernstes Warnsignal. Gute Bildung braucht verlässliche Strukturen, ausreichend Ressourcen und den politischen Willen, Zukunftskompetenzen konsequent zu stärken. Die Entscheidungen der schwarz-roten Landesregierung weisen jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Kürzungen bei Integrierten Gesamtschulen und

beim Sozialindex treffen gerade diejenigen Schulen, die für individuelle Förderung und Bildungsgerechtigkeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Dass Hessen bei der Integration an der Spitze steht, ist dagegen eine ausdrücklich positive Leistung der Schulen und ihrer Beschäftigten. Sie unterstreicht zugleich, dass frühe und gezielte Sprachförderung wirkt. Gerade deshalb ist die Abschaffung der Sprach-Kitas der falsche Weg. Wer erfolgreiche Integration sichern will, muss Sprachdefizite früh erkennen und dort gezielt fördern, wo der Bedarf besonders hoch ist. Die anstehenden Haushaltsberatungen müssen deshalb für eine Korrektur des bisherigen Kurses genutzt werden. Die angekündigte Rücknahme der Kürzungen muss vollständig umgesetzt werden. Hessen braucht eine Bildungspolitik, die Schulqualität verbessert, digitale Kompetenzen verbindlich stärkt und erfolgreiche Sprachförderung dauerhaft absichert.

Wiesbaden, 29. September 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas